



Editorial

Seongcheol Kim*

Soziale Bewegungen im postsowjetischen Raum: Aktuelle Entwicklungen im Schatten von Krieg

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2026-0001>

Im Vordergrund dieses Themenschwerpunkts stehen Analysen der aktuellen Entwicklungen rund um soziale Bewegungen, Proteste und zivilgesellschaftliche Organisationen im postsowjetischen Raum seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine im Februar 2022. Im Kontext der russischen Vollinvasion richteten sich viele Blicke nicht zuletzt auch auf soziale Bewegungen, und das aus mehreren Gründen: Erstens lagen viele Hoffnungen auf ein rasches Ende des Krieges auf Protestbewegungen beiderseits der russisch-ukrainischen Staatsgrenze, sowohl in Form ziviler Widerstandsformen in den besetzten Gebieten der Ukraine als auch mit Blick auf Antikriegsproteste in Russland. Man denke an die viral um die Welt gegangenen Aufnahmen ukrainischer Zivilist*innen in Cherson, die mit bloßen Händen versuchten, sich vor russischen Panzern in den Weg zu stellen, oder auch an die vereinzelt Antikriegsdemonstrationen in russischen Städten, die durch die Polizei gewaltsam aufgelöst wurden. Auch wenn die Grenzen beider Protestformen angesichts der Militär- und Polizeigewalt des russischen Staates schnell deutlich wurden, gab es einen weiteren Grund, warum das Thema soziale Bewegungen durch den Krieg eine neue Aktualität gewann: die Vorgeschichte der russischen Vollinvasion, die sich auf das Scheitern bzw. den Erfolg der seit Anfang der 1990er Jahre größten Protestepisoden in Russland (2011/12) und Belarus (2020/21) einerseits respektive in der Ukraine (2013/14) andererseits zurückführen lässt. Es waren nicht zuletzt die autoritär-regimekonsolidierenden Folgen der russischen und belarussischen Oppositionsproteste sowie der Regimewechsel infolge der ukrainischen Euro- Maidan-Bewegung, die eine Vollinvasion der Ukraine durch das russische Regime mithilfe des belarussischen erst in den Bereich des Möglichen rückten. Auch die russische Teilinvasion der Ukraine 2014 stellte eine unmittelbare Reaktion auf den

*Kontakt: **Seongcheol Kim**, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Deutschland / University of Victoria, Kanada, E-Mail: seongcheol.kim@ucf.uni-freiburg.de

Ausgang der Euromaidan-Proteste und gleichzeitig einen maßgeblichen Schritt zur Regimekonsolidierung im Innern dar (vgl. Kim 2025).

Vor diesem Hintergrund greift dieser Themenschwerpunkt eine Reihe von Aspekten auf, die im Kriegskontext eine erhöhte Relevanz aufweisen. Zum einen stellt sich die Frage nach Kontinuitäten und Verschiebungen hinsichtlich der Mobilisierungskraft und -repertoires sowie der kollektiven Identitätsverständnisse sozialer Bewegungen vor und nach dem Kriegsbeginn. Wie gehen die nach den Euromaidan-Protesten neu aufgestellte Zivilgesellschaft in der Ukraine einerseits und regimekritische soziale Bewegungen in Belarus und Russland andererseits mit den veränderten Rahmenbedingungen in ihren Ländern um? In diesem Zusammenhang richtet sich der Blick nicht zuletzt auf das Verhältnis von institutioneller Politik und Protestbewegungen sowohl hinsichtlich deren Auswirkungen auf als auch Beeinflussung durch die Regimeebene, von staatlichen Repressionsmaßnahmen in zunehmend autoritären Regimekontexten bis hin zu zivil-militärischer Kooperation im Fall der Ukraine. Als weitere hervorzuhebende Dimension rücken an dieser Stelle transnational-grenzüberschreitende Dynamiken in den Mittelpunkt: am markantesten in Form von externer militärischer Besatzung und Repression in den besetzten Gebieten der Ukraine, aber auch etwa in Bezug auf Diaspora-Netzwerke, Oppositionspolitik im Exil (z. B. mit Blick auf die belarussische Opposition) oder auch externe Zivilgesellschaftsförderung (z. B. als besonders aktuelles Streitthema im georgischen Kontext).

Was ist heute ‚postsowjetisch‘?

Gerade seit Beginn der russischen Vollinvasion ist das Prädikat ‚postsowjetisch‘ immer wieder hinterfragt worden. Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurde der Begriff lange Zeit auf teils inkonsistente Art verwendet: erstens zur formellen Beschreibung der Regime-Vorgeschichte aller fünfzehn Länder (inklusive einer Handvoll De-facto-Staaten), die aus der ehemaligen UdSSR hervorgegangen sind; zweitens aber auch zur Annahme substanzieller Gemeinsamkeiten hinsichtlich der politischen Kultur, Entwicklungstendenzen oder auch Problemlagen, die auf die geteilte Vorgeschichte zurückgeführt werden. Im Gegensatz zur ersten, formal-historischen Bezeichnung wird nach dem zweiten Verständnis suggeriert, dass ‚postsowjetische Zustände‘ nicht zwangsläufig deckungsgleich mit jenen Ländern ausfallen, die eine sowjetische Regime-Vorgeschichte aufweisen. So wird beispielsweise die Mongolei gelegentlich in Vergleichsstudien innerhalb der postsowjetischen Area-Forschung mit aufgenommen, wohingegen die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen nur selten als ‚postsowjetisch‘ bezeichnet

und analysiert werden. Gerade das Präfix ‚post-‘ suggeriert in dieser Hinsicht eine Art Zwischenstadium: Im Gegensatz etwa zur Integration der baltischen Länder in den für die ostmitteleuropäische Peripherie der Europäischen Union kennzeichnenden „eingebetteten Neoliberalismus“ (Bohle/Greskovits 2012) zeichnet sich der postsowjetische Zustand nach Ishchenko und Zhuravlev (2021) durch eine Dauerkrise politischer Legitimität aus, in der keine neue gesellschaftliche Hegemonie mit nennenswerter ideologischer und/oder sozialstruktureller Verankerung nach dem Zerfall der Sowjetunion entstanden und stattdessen ein stetiges Wechselspiel zwischen oligarchisch geprägten Herrschaftsstrukturen und dagegen aufbegehrenden Protestbewegungen zu beobachten sei.

Spätestens mit der russischen Völlinvasion der Ukraine sind viele Annahmen über das Postsowjetische als Raum substanzieller Gemeinsamkeiten ins Wanken geraten. Auch die Vertreter der These einer postsowjetischen Hegemoniekrise sprechen in diesem Zusammenhang von einer Zäsur (z. B. Artiukh 2022; Ishchenko 2022), etwa durch die Umwälzung der politischen Legitimationsgrundlagen beiderseits der Frontlinien im Kriegskontext. Andere Beobachter*innen lehnen das Etikett als reduktiv ab, da Länder wie die Ukraine und die Republik Moldau mit einer Vergangenheit konnotiert würden, mit der sie zu brechen versuchen. Dabei muss das Prädikat ‚postsowjetisch‘ nicht zwangsläufig an Relevanz verlieren, sofern es in formell-deskriptiver Hinsicht auf die Regime-Vorgeschichte verweist und damit insbesondere für Analysen der historischen Entwicklung der Zivilgesellschaften (auch in vergleichender Perspektive) naheliegend ist. Im Kontext dieses Themenschwerpunkts wird ein bewusst formalhistorisches Verständnis von ‚postsowjetisch‘ verwendet und dadurch eine ausgesprochen breite Auswahl an Ländern unter die Lupe genommen, von der belarussischen Exil-Opposition in Litauen bis hin zur bedrohten Zivilgesellschaft in Georgien und Tadschikistan.

Die Vielfalt der Protesterscheinungen

In den vergangenen vier Jahren ist ein breites Spektrum an Protestphänomenen im postsowjetischen Raum in Erscheinung getreten. Nachträglich überschattet von der russischen Völlinvasion der Ukraine wurden die größten Antiregimeproteste in Kasachstan seit dem Zerfall der Sowjetunion, die als „Blutiger Januar“ 2022 bezeichnet werden. In den darauffolgenden Monaten reagierte Präsident Qassym-Schomart Toqajew mit scheinbaren Reformmaßnahmen einschließlich Verfassungsänderungen, die im Endeffekt eine Regimekonsolidierung unter Ausgrenzung des umstrittenen Ex-Präsidenten Nursultan Nasarbajew bedeuteten. Auch wenn die Januar-Proteste im Kontext einer seit 2011 wachsenden Protestkultur analysiert wurden

(vgl. Kudaibergenova/Laruelle 2022), haben Toqajews Konsolidierungsmaßnahmen bislang ein Wiederaufflackern von Antiregimeprotesten verhindert. In Armenien gab es ab 2020 (und verstärkt 2023/24) Massenproteste gegen Premierminister Nikol Paschinjan im Kontext der militärischen Rückschläge gegen Aserbaidtschan in Bergkarabach, was mit einem steilen Niedergang der Zustimmungswerte für die einstige Protestfigur Paschinjan einherging und im Vorfeld der bevorstehenden Parlamentswahlen 2026 viel Ungewissheit hervorgerufen hat. In Aserbaidtschan selbst blieben nennenswerte Antikriegsproteste aus (wohingegen große Prokiriegsdemonstrationen und -ausschreitungen im Juli 2020 das Land erschüttert hatten), während staatliche Repressionsmaßnahmen sowie Stigmatisierungskampagnen gegen Antikriegsstimmen verschärft wurden (vgl. Figari Barberis/Huseynli 2025).

Im Zusammenhang mit der russischen Vollinvasion der Ukraine ist das Protestgeschehen in der Republik Moldau ins Rampenlicht gerückt, auch weil das Land wiederholt als mögliches Ziel russischer Destabilisierungsversuche genannt wurde. Ab September 2022 gerieten die vom prorussischen Oligarchen Ilan Şor gesponserten Antiregierungsproteste in die Schlagzeilen. Auch wenn die finanzkräftige Hand von Şor in diesen Protesten kaum zu übersehen war (vgl. Marandici 2025), verwiesen die Protestbotschaften gegen hohe Energiepreise und Inflation auf reale Herausforderungen für eine EU-orientierte moldawische Regierung in direkter Nachbarschaft von Russlands Krieg gegen die Ukraine. Das Abebben der Proteste 2022/23 und die (teils überraschend hohen) Wahlerfolge der Regierungspartei PAS bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2024 bzw. 2025 lassen sich in dieser Hinsicht bei weitem nicht nur als Resultat diskutabler juristischer Maßnahmen wie Parteiverbote gegen die ŞOR-Partei und deren Nachfolgeformation betrachten, sondern auch im Kontext gezielter sozialprotektionistischer Regierungspolitiken wie z. B. groß angelegter Energiesubventionen für Haushalte, die auf die wirtschaftlichen Effekte des Kriegsgeschehens abzielten (und nach den Parlamentswahlen 2025 wiederum abgeschwächt wurden).

Im Folgenden liegt der Fokus bei der Vorstellung der vorliegenden Ausgabe auf Themensetzungen, die im Rahmen dieses Themenschwerpunkts durch die einzelnen Beiträge abgedeckt werden: zivilgesellschaftlicher Aktivismus im Wandel unter Kriegsbedingungen in der Ukraine (Worschech); Antikriegs- und oppositioneller Aktivismus im Schatten von Repression in Russland (Dollbaum, Erpyleva); russische Herrschaftsmechanismen in den besetzten Gebieten der Ukraine (Lysenko); die belarussische Exil-Opposition in Litauen und Polen (Navumau); die Proteste gegen die NGO-Gesetzgebung der georgischen Regierung (Khelaia); und die historische Entwicklung der Zivilgesellschaft in Tadschikistan (Schmidt).

Die Beiträge in diesem Themenschwerpunkt

Der Themenschwerpunkt besteht aus sieben Beiträgen, darunter sechs unter der Rubrik „Hauptbeiträge“ und einem „Pulsschlag“. In theoretischer und methodologischer Hinsicht ziehen sie eine große Vielfalt an Bezugspunkten heran, von der Gramscianischen Hegemonietheorie bis hin zur soziologischen Analyse aktivistischer Karrieren oder auch Fokusgruppeninterviews. Als Gemeinsamkeit lässt sich hervorheben, dass sie sich entweder mit Protestbewegungen und Zivilgesellschaft im direkten Zusammenhang mit dem Krieg befassen oder zumindest eine Reflexion über jüngere Entwicklungen während des betreffenden Zeitraums einbeziehen.

Susann Worschech untersucht in ihrem Beitrag die Entwicklung der ukrainischen Zivilgesellschaft im Kontext sowohl der russischen Völlinvasion als auch der drei Revolutionszyklen (1991, 2004, 2013/14), die ihre Geschichte maßgeblich geprägt hat. Sie identifiziert verschiedene Formen des zivilgesellschaftlichen Aktivismus unter Kriegsbedingungen, von humanitärer Hilfe, Wiederaufbauaktivitäten und zivil-militärischer Kooperation bis hin zu Cyber-Aktivismus und Widerstand in den von Russland besetzten Gebieten, die zusammengenommen einen wichtigen Motor der gesellschaftlichen Resilienz in der Ukraine bilden.

Svetlana Erpyleva geht der Frage nach den Auswirkungen der Völlinvasion auf zivilgesellschaftlichen Aktivismus in Russland am Beispiel einer Klimabewegung nach, die 2019 in Anlehnung an die internationalen Fridays for Future-Proteste gegründet worden war. Mit einer Analyse der aktivistischen Karrieren der von ihr interviewten Aktivist*innen kommt sie zum Schluss, dass Demobilisierungstendenzen aufgrund fehlender Resonanz und erhöhter Repression bereits vor der Völlinvasion begannen und ab Februar 2022 (etwa zugunsten von Antikriegsaktivismus) weiter verstärkt wurden.

Vasil Navumau analysiert die Entwicklung der belarussischen oppositionellen Zivilgesellschaft im Exil mit Blick sowohl auf Diaspora-Netzwerke und organisatorische Infrastrukturen in Litauen und Polen als auch auf die Einstellungslage von deren Aktivist*innen. Anhand von Fokusgruppeninterviews identifiziert er ein Spannungsfeld zwischen Resilienz und Zusammenhalt weiterbestehender Oppositionsstrukturen einerseits und Misstrauen gegenüber Oppositionseliten sowie Ermüdungserscheinungen andererseits, die sich im Kriegskontext durch Stigmatisierungängste bei gleichzeitiger Ukraine-Solidarität weiter verstärkt haben.

Nino Khelaia stellt die Frage nach den Klassengrundlagen hinter der international vielbeachteten Protestmobilisierung gegen die NGO-Gesetzgebung der georgischen Regierung. Aus einer Gramscianischen Perspektive vertritt sie die These, dass die Oppositionsproteste in erster Linie von einer professionellen Mittelschicht getragen werden, die mittels ausländisch finanzierter NGOs ihren materiellen Unterhalt sichern und ihre eigenen Interessen als deckungsgleich mit einem Kampf für die

georgische Demokratie universalisieren, ohne dabei das strukturelle Problem einer hochprofessionalisierten, von externer Förderung abhängigen Zivilgesellschaft mit wenig innergesellschaftlicher Verankerung anzuerkennen.

Richard Schmidt unternimmt eine Analyse der historischen Entwicklung der tadschikischen Zivilgesellschaft von 1985 bis 2025 und spannt den Bogen vom anfänglichen Pluralismus nach dem Zerfall der Sowjetunion bis zur Marginalisierung unter zunehmend autoritären Verhältnissen. Er zeigt dabei die komplexen Verflechtungen zwischen der zivilgesellschaftlichen Entwicklung und der ethnischen Pluralität des Landes samt Bürgerkriegserfahrungen auf, wobei sich die Unterdrückung der pamirischen Minderheit seit 2021 negativ auf die ohnehin unter Druck stehende Zivilgesellschaft ausgewirkt hat.

Yana Lysenko analysiert in ihrem Beitrag die Herrschaftsmechanismen russischer Besatzungsmacht in den von Russland militärisch eroberten Gebieten der Ukraine. Sie identifiziert eine Mischung aus militärischer Gewaltherrschaft, Anreizmechanismen, Kontrolle über den Informationsfluss und Zwangseinbürgerung, die das Leben in den besetzten Gebieten kennzeichnet und etwaigen Widerstandsversuchen Grenzen setzt.

Ein Blick in die Rubriken

Unter der Rubrik *Pulsschlag* präsentiert *Jan Matti Dollbaum* einen kompakten Überblick über Antikriegsaktivismus in Russland (und dessen Grenzen), der von einzelnen Straßenprotesten zu Beginn der Vollinvasion bis hin zu Kunstaktionen und Freiwilligenarbeit für ukrainische Geflüchtete reicht.

Der Themenschwerpunkt dieser Ausgabe wird in der Literatur-Rubrik in zwei Einzelrezensionen aufgegriffen. *Daniel Mikecz* bespricht den Sammelband „Power and Protest in Central and Eastern Europe“, herausgegeben von Claudiu Crăciun und Henry P. Rammelt, und sieht das Werk als „Meilenstein auf dem Weg zu einer lokal verankerten, kontextsensiblen Forschung zu sozialen Bewegungen in der Region“. Der Band analysiert unter anderem die Rolle neuer Medien, die den demokratischen Rückbau beeinflussen und zugleich Proteste auslösen, sowie die Schließung politischer Gelegenheitsstrukturen unter populistischen Regimen. Weitere Themen sind ökonomische Grievances, die Resilienz der Zivilgesellschaft und der „social movement industry“, Top-down-Mobilisierung, das Verhältnis zwischen Parteien und Bewegungen, geopolitische Konfliktlinien und Protestfolgen. *Karin Urich* widmet sich Alexej Nawalnys Autobiografie „Patriot. Meine Geschichte“. Das posthum von seiner Frau Julia veröffentlichte Buch bietet viel mehr als reine Memoiren. Ausgangspunkt sind die packenden Schilderungen des Giftanschlags 2020 und der

anschließenden Genesung. Nawalnys beständiger Kampf gegen Korruption und sein Aufstieg zur Oppositionsfigur bilden den roten Faden des Textes. Daraus ergibt sich ein politisches Testament, „das in großen Teilen beim Lesen Vergnügen bereitet, zugleich aber auch die Brutalität des Systems Putin deutlich macht“, befindet die Rezensentin. Den Abschluss der Rubrik bildet *Ismael Benkramas* Besprechung des Buches „Nicht die Ersten“ von Tarek Shukrallah. Der Band fokussiert (auto)biografische Erzählungen von Queers of Color in Deutschland und deren Erfahrungen in der weiß dominierten Schwulen- und Lesbenbewegung. Diese werden durch eine „exzellente Einbettung“ durch Shukrallah gerahmt, so der Rezensent.

In der *Aktuellen Analyse* liefern *Laura Vossen* und *Jannis Julien Grimm* eine empirisch gestützte Rekonstruktion der medialen Deutungsmuster, mit denen Berliner Leitmedien die Palästina-Proteste an Hochschulen im Mai 2024 rahmten, sowie ihrer Bedeutung für Prozesse der Delegitimierung und Versicherheitlichung palästinasolidarischen Protests. In der Rubrik *IPB beobachtet* geht *Elisabeth Wiesnet* der Frage nach, wie in wissenschaftlicher Literatur Schwangerschaftsabbruch diskutiert wird und in welchem Verhältnis wissenschaftliche Literatur und gesellschaftliche Debatten stehen.

PD Dr. Seongcheol Kim ist Privatdozent im Fach Politikwissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und Assoziierter Wissenschaftler am Centre for Global Studies an der Universität Victoria (Kanada), Kontakt: seongcheol.kim@ucf.uni-freiburg.de

Literatur

- Artiukh, Volodymyr* 2022: The political logic of Russia's imperialism. In: Focaal Blog, 9. Juni 2022, focaalblog.com.
- Bohle, Dorothee/Greskovits, Béla* 2012: Capitalist Diversity on Europe's Periphery. Cornell University Press.
- Figari Barberis, Cesare/Huseynli, Mirkamran* 2025: Obligated to Hate: The Successful Stigmatisation of Anti-War Voices in Azerbaijan. In: Review of International Studies 51(3), 431–448.
- Ishchenko, Volodymyr* 2022: Russia's war in Ukraine may finally end the post-Soviet condition. In: Parliament Magazine, 21. März 2022, theparliamentmagazine.eu.
- Ishchenko, Volodymyr/Zhuravlev, Oleg* 2021: How Maidan Revolutions Reproduce and Intensify the Post-Soviet Crisis of Political Representation. In: PONARS Eurasia Policy Memo, Nr. 714.
- Kim, Seongcheol* 2025: The (Anti-)Political Logic of Authoritarian Institutionalism: Party Politics and Authoritarian Consolidation in Russia. In: Journal of Language and Politics 24(6), 934–953.
- Kudaibergenova, Diana T./Laruelle, Marlene* 2022: Making Sense of the January 2022 Protests in Kazakhstan: Failing Legitimacy, Culture of Protests, and Elite Readjustments. In: Post-Soviet Affairs 38(6), 441–459.
- Marandici, Ion* 2025: Oligarchs, Euroscepticism, and Russia's Strategy in Moldova. In: Moldovan Analytical Digest 1, 11–19.